

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

9. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1933 Nummer 3

Japans Raubkrieg zerfleischt Nordchina!

Bernichtendes Granatfeuer auf Schanhaiwan . Hunderte von Werttätigen in Fesseln gerissen . Waffenhilfe des deutschen Imperialismus für Japan . Verstärkt den Kampf gegen den imperialistischen Raubkrieg . Schützt die Sowjetunion!

Der Stabschef der japanischen Armee in China, Nakamura, meldet, daß die japanischen Truppen am 3. Januar, nachmittags 12.20 Uhr, Schanhaiwan besetzt haben. Die japanischen Truppen sind in die Stadt eingerückt und haben sämtliche öffentlichen Gebäude besetzt.

Kanonenfeuer drüllt in China! Der japanische Imperialismus hat mit Beginn des neuen Jahres den Kriegszug in das Innere Chinas hineingetragen und die Stadt Schanhaiwan im Falle von Peking, jenseits der chinesischen Mauer, blutig überfallen.

Bereits am Montagmorgen haben die japanischen Truppen, unterstützt durch schwere Artillerie, den Angriff auf Schanhaiwan unternommen, während gleichzeitig die japanischen Kriegsschiffe aus Schanghai ausgefahren sind, um die Stadt Tientsin zu besetzen.

Entsetzliche Szenen spielten sich in den Straßen von Schanhaiwan ab. Ein vernichtendes Granatfeuer vertrieb die gesamte Bevölkerung in Panik. Hunderte von Werttätigen liegen zerstückt und erschlagen auf den Straßen. Während des Artillerieangriffs erschienen plötzlich fünf japanische Flugzeuge über der Stadt und warfen in schneller Folge zehn Bomben ab, die furchtbare Verwüstungen anrichteten.

Der japanische Generalstab schiebt fortwährend Truppenverräufungen in Panzerzügen vor und es kann kein Zweifel darüber

bestehen, daß der Überfall auf Schanhaiwan der Beginn eines neuen großen Feldzuges ist, durch den der japanische Imperialismus ganz Nordchina und die Mongolei rauben will.

Die japanische Seelandwirtschaft in Peking überreichte dem chinesischen General Tschangjüan ein Ultimatum, das in einem frechen, anmahnenden Tone die sofortige Zurückziehung sämtlicher chinesischer Truppen aus Schanhaiwan fordert, andernfalls „Japan die notwendigen Schritte unternehmen“ würde.

Gleichzeitig hat das japanische Marineministerium mehreren im Hafen von Sebeo liegenden Kriegsschiffen befohlen, sich zur sofortigen Ausfahrt bereitzustellen, um sich nach Schanhaiwan zu begeben. Im Hafen von Tschinwan ist, 16 Kilometer südwestlich von Schanhaiwan, sind acht japanische Kriegsschiffe bereits eingetroffen.

Neue Etappe im Kampf der Imperialisten zur Aufstellung Chinas, zur Intervention gegen die Sowjetunion

Der Angriff des japanischen Imperialismus auf Schanhaiwan ist von alarmierender Bedeutung für das gesamte Weltproletariat. Mit diesem Überfall, der bereits seit Monaten von langer Hand unter den Augen des Völkerbundes vorbereitet worden war, beginnt eine neue Etappe im Kampf der imperialistischen Mächte zur Aufstellung Chinas, zur Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion und zur Ausrottung der imperialistischen Hegeherrschaft in einem neuen Weltkrieg.

Mit dem Überfall auf Schanhaiwan wollen sich die japanischen Imperialisten den Weg nach dem nur wenige hundert Kilometer entfernten Peking öffnen, und gleichzeitig durch die Besetzung der inneren Mongolei den Aufmarsch gegen die mongolische Volksempire vorbereiten, die im engsten Bündnis mit der Sowjetunion steht.

Das ist das zweite Kapitel jenes berüchtigten Memorandums des ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Tanaka: 1. Eroberung der Mandchurei, 2. Eroberung Nordchinas und der Mongolei, 3. Krieg gegen Sowjetrußland. Genau nach diesem Plane geht der japanische Imperialismus vor, unterstützt durch die imperialistischen Völkerbundsmächte, belästigt mit Waffen nicht nur durch den französischen, tschechischen und englischen Imperialismus, sondern auch durch Deutschland. Als vor wenigen Wochen der Völkerbund die Debatte über den Mandchurenkonflikt erneut vertagte, wußten die Vertreter im Völkerbund ganz genau, daß das eine offene Waffenhilfe für den japanischen Imperialismus ist.

Der Vertreter des deutschen Imperialismus im Völkerbund und in der Völkerbundskommission hat mit für die Vertagung gestimmt, obwohl er genau wie die anderen Mächte wußte, was

der japanische Imperialismus vorbereitet. Der deutsche Imperialismus hat genau so wie der französische und englische den Raubkrieg Japans im Fernen Osten unterstützt. Wenn die Berliner Morgenzeitung heute berichtet, daß in Frankreich und in der Tschechoslowakei seit Wochen die Schiffe der Waffenfabriken ununterbrochen rauchen, um Kriegsaufträge für den Fernen Osten auszuführen, so erklären wir: In den Rüstungsbetrieben Deutschlands wird nicht weniger Kriegsmaterial hergestellt, durch das die Werttätigen auf den Schlachtfeldern Chinas zerfleischt, vergast und ermorde werden.

Der neue Feldzug des japanischen Imperialismus ist um so gefährlicher, als im Golf von Peking die Kriegsschiffe auch des amerikanischen Imperialismus liegen und somit die Gefahr immer größer wird, daß der offene Zusammenstoß der amerikanischen und japanischen Rivalen erfolgt, der unmittelbar zum Weltkrieg führen würde. Die brutale Ablehnung eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion durch die japanische Regierung zeigt aber auch gleichzeitig, daß der Überfall auf Schanhaiwan mit der bewußten Absicht organisiert wurde, aus der Mongolei ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu machen.

Die Ventröle der Sozialdemokratie

Was tut die Kuomintang-Regierung? Diese Regierung kennt nur einen Kampf gegen die chinesischen Sowjetgebiete gegen den Kommunismus. Gegenüber den Imperialisten, die China aufteilen und es kolonialisieren, kennen die Herrscher des chinesischen Volkes nur latenten Unterwürfigkeit. Man höre und laune: Die Kuomintang-Regierung droht (!) — mit der Vertagung des Völkerbundes gegen den japanischen Überfall.

Und die Sozialdemokratie? Der gelbste Abend-„Vorwärts“ bringt es noch nicht einmal fertig, auch nur ein Wort des Protestes von sich zu geben. Wie könnte er auch? Es ist doch die japanische Sozialdemokratie, die den japanischen Imperialismus unterstützt. Es ist doch die französische Sozialdemokratie, die die Regierung des französischen Imperialismus unterstützt, der der Bundesgenosse Japans ist. Und die deutsche Sozialdemokratie preist die Außenpolitik des deutschen Imperialismus, der sowohl im Völkerbund wie durch Waffenlieferungen der Helfershelfer der japanischen Kriegsräuber ist.

Das Proletariat ist und bleibt die einzige Armee, die sich den Kriegsräubern entgegenstellt. Der Kriegszug dreht sich um und bedroht immer mehr die Werttätigen aller Länder. Noch enger gilt es das Bündnis der Proletariat aller Länder zu schließen. Vor wenigen Tagen hat das Weltkomitee in Paris zur Einheitsfront gegen den Krieg aufgerufen. In den Parteilichen, in den Rüstungsböden, auf den Straßen und Stempelfeldern müssen diese Forderungen verwirklicht werden.

Zu Hilfe dem chinesischen Volk! Das bedeutet Kampf gegen die Kriegszünder im eigenen Land, Kampf gegen Kriegstransporte und Kriegproduktion! Das deutsche Proletariat muß den Kriegsräubern zeigen, daß es marschiert gegen jene Verbrecher, die die Völker in ein neues Wort für den Krieg führen wollen, die auf dem Sprünge stehen, unter sozialistisches Arbeitervolk zu überfallen.

Mordüberfall auf kommunistischen Redakteur

In der Neujahrnacht wurde in Düsseldorf aus einem Nazihaufen auf den Redakteur unserer Vaterzeitung, „Freiheit“, Genossen Red. ein heimtückischer Mordanschlag unternommen. Eine Nazi ebenfalls bekannte Genossin wurde schwer verletzt und brach blutüberströmt zusammen. Die neue Reihe von Mordmorden und Überfällen auf die Arbeiterklasse beweisen, daß sie nach geheimen Anweisungen der Naziführung erfolgen. Die Arbeiterklasse muß sich jetzt zur geschlossenen Abwehrfront gegen den Mordschismus zusammenschließen.

Waffenfindungen in der Siegener Metallindustrie

Aus Siegen wird gemeldet: Zur Durchführung eines neuen Vorkarabens haben die Unternehmer allen Arbeitern der Siegener Metallbetriebe gekündigt. Es werden davon 8800 Arbeiter betroffen.

Inflationstanzler Cuno gestorben

Der Inflationstanzler Cuno ist gestern in Hamburg gestorben. Unter seinem Patronat nahm die Inflation die Ausverweirung an, die Millionen ins Elend stürzte. Cuno bewertete die deutsche Bourgeoisie vor zehn Jahren in den Ruhrkrieg hinein. Seine Kanzlerschaft wurde durch den gewaltigen politischen Wellenschlag im August 1923 beendet. In der letzten Zeit war Cuno ein enger Mitarbeiter Hitlers.

Margarine-Wahl im März?

Berlin, 4. Januar 1933. (Eig. Drahtbericht). In der ganzen bürgerlichen Presse wird über die heute stattfindende Sitzung des Reichsrates des Reichstages berichtet, daß es eine Reichswahl sei vor dem 17. Januar nicht gedacht werden kann. Die bürgerlichen Parteien wollen erst die Landtagswahlen in Lippe am 13. Januar abwarten, bevor sie eine endgültige Entscheidung treffen.

In einer rechtsstehenden Zeitung wird angedeutet, daß die Nazis nach dieser Wahl offen Schlichter tolerieren werden. Auch sind die Nazis als einzige Partei für die Margarine-Notverordnung der Schlichterregierung.

Die Katholische Staatszeitung kündigt an, daß Zentrum und bürgerliche Volkspartei gegen die Margarine-Notverordnung kämpfen werden, deren Aufhebung damit sicher ist. Es wird darum mit „Margarine-Wahlen“ im März gerechnet.

Schlichter diktiert 60-Stunden-Woche

Warnsignal für die sächsische Textilarbeiterschaft . Schließt die Einheitsfront zur Gewerwehr!

Für den Tarifbezirk der westfälisch-thüringischen Weberzien ist am 31. Dezember das Mehrarbeitsabkommen abgelaufen. Vom Schlichteramt wurde am 29. Dezember ein Schiedspruch gefällt, der als „regelmäßige“ Arbeitszeit die 48-Stunden-Woche vorsieht und die Unternehmer berechtigt, 156 Überstunden im Jahr 1933 anzurufen. Darüber hinaus sieht der Schiedspruch noch weitere 150 Überstunden für das Jahr vor, die der Zustimmung der Betriebsvertretung bedürfen, die aber durch die Zustimmung des Schlichtungsausschusses ersetzt werden kann. Bis zu seiner Entscheidung müssen diese Überstunden ebenfalls geleistet werden. So gibt der Schiedspruch den Unternehmern praktisch das Recht, 306 Überstunden im Jahr anzurufen. Da dies nicht für das ganze Jahr angegeben ist, besteht die Möglichkeit, daß in den westfälischen Weberzien z. B. für ein halbes Jahr die 60-Stunden-Woche angeordnet werden kann.

Das ist der Kurs der Schlichtungsinstanzen unter dem Reichsarbeitsminister Sorap, dem Vertrauensmann der Gewerkschaftsführer. Im Tarifbezirk sind 60 Prozent der Textilarbeiter arbeitslos. Die Unternehmer legen aber deshalb so großen Wert auf die Überstunden, weil sie die elenden Stundenlöhne noch mehr abbauen wollen. Um das bei den Hungerlöhnen möglich zu machen, wollen sie Überstunden schupfen lassen.

Die DVB-Bürokratie, die die 40-Stunden-Woche selbstverständlich ohne Lohnausgleich gefordert hatte, versucht jetzt den Versuch der Textilarbeiterschaft gegen diesen ungeheuerlichen Angriff zu brechen und auf den Schlichter zu verdrängen. So schreibt „Der Textilarbeiter“, das Organ des DVB:

„Wir glauben selbst bei dem Geist, der jetzt die Schlichtungsbehörden beherrscht, bestimmt damit rechnen zu können, daß einem betriebl. an Wahrung grenzenden Schiedspruch nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen heraus (späterer Umgang mit Verbindlichkeitsverpflichtungen), sondern aus prinzipiellen wirtschaftlichen Erwägungen heraus die Verbindlichkeit verweigert wird.“

Die westfälischen Weber sollen also geduldig warten, bis der mitteldeutsche Schlichter, Ministerialrat Dr. Paulsch, über die Verbindlichkeitsklärung entschieden hat. Wenn dann die Verbindlichkeitsklärung erfolgt, dann werden die Bürolisten kommen und sagen, gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch kann man nicht kämpfen.“

Für das gesamte sächsische Textilproletariat ist der Schiedspruch ein Warnsignal. Auf jede in dem westfälisch-thüringischen Tarifgebiet durchgeführte Verhinderung erfolgten Angriffe der übrigen sächsischen Textilbarone. Es ist dabei nur an den Lohnraubverzug im vergangenen Jahre erinnert, der an der von der KPD mobilisierten Kampfbereitschaft der Textilarbeiterschaft im wesentlichen scheiterte. Auch diesem Generalangriff ging eine Lohnabbaupereinbarung in dem westfälisch-thüringischen Tarifgebiet zwischen DVB-Bürokratie und den Unternehmern voraus.

Für die Belegschaften gibt es nur das Mittel des geschlossenen Kampfes, um in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Arbeitlosen die unerhörten Unternehmerausprüche zurückzuweisen. Steht in allen Betrieben die Einheitsfront des Kampfes her, wöhlt auf dieser Grundlage solche Betriebsräte, die im Kampf gegen die Unternehmervorsätze an erster Stelle stehen.

Siegreicher Streik schlägt Lohnräuber

Berlin, 4. Januar 1933. (Eig. Drahtbericht). Die Belegschaft der Möbelabrik Metz, Berlin, hat durch einen einmütigen Kampfbeschluß einen erneuten Lohnraub von 18 Prozent abgewehrt. Auf Grund eines einstimmig gefällten Streikbeschlusses der Belegschaft zog der Unternehmer sein Lohnraubverbot zurück.

Schwarz hat die Belegschaft der Autowerkstattwerkstätten Grotzow, Grotzow, Berlin, gegen einen Lohnraub von 8,5 Prozent der Unternehmer in den Streik.

n
hsen A
hat 1800 v. h.
ger Gutvertrieb
18000 A
erviert
Spez. Geschäft
al, Gedichte 17
u. Sitzplättchen
Pieschen
Koch
Koch
Biere
mann
achau
pothefe
ebignu
hnel
verda
ckner
Kaufhaus
umwieser
hfe
nhan
ber
ber